

AUGE	<i>Forderungen an die künftige Bundesregierung</i>
Antrag 1	
Zuweisung	<b>Ausschuss Allgemeine Sozialpolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik</b> <b>Ausschuss Wirtschaftspolitik</b> <b>Ausschuss Bildung und Kultur</b>

### **Sozialpolitik**

Zu den den Ausschuss Sozialpolitik betreffenden Teilen des Antrags wird festgehalten, dass sie in etlichen Punkten der Beschlusslage der AK-Wien entsprechen. Bei manchen Forderungen, wie zB der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn, ist das nicht der Fall. Wie schon in früheren Ausschusssitzungen spricht sich die Mehrheit der Ausschussmitglieder angesichts der sehr hohen Kollektivvertragsdichte gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns aus. Befürchtet wird, dass die Arbeitgeber bei Festlegung eines gesetzlichen Mindestlohns in etlichen Branchen nicht mehr zum Abschluss eines Kollektivvertrags bereit wären, was für die dort beschäftigten Arbeitnehmer erhebliche Nachteile mit sich bringen würde. Für wichtig erachtet wird, dass das Instrumentarium zum Schließen von Mindestlohnlücken verbessert wird (verbesserte Möglichkeiten zur Satzung von Kollektivverträgen etc).

Zur Forderung „Teilzeitarbeit sozial absichern“ wird von der antragstellenden Fraktion präzisiert, dass damit primär Verbesserungen beim Mehrarbeitszuschlag gemeint sind.

### **Bildung**

- Gemeinsame Schule der 6-15jährigen
- Flächendeckender Ausbau von ganztägiger, qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung

Beide Forderungen sind im Antrag 10 der FSG enthalten, der mehrheitlich von der Vollversammlung am 12.11.2008 beschlossen wurde.

- Moderne und zukunftsorientierte Lehrlingsausbildung
- Offensive zum Nachholen von Bildungsabschlüssen und Ausbau von Qualifizierungsangeboten

Im Juni 2007 wurde im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (bmukk) die Arbeitsgruppe „Nachholen von Bildungsabschlüssen“ gegründet, in der auch die AK Wien vertreten ist. Hier wurde vereinbart, dass Normkostenmodelle erarbeitet werden, die als Basis für eine zukünftige Übernahme der Teilnahmegebühren durch die öffentliche Hand dienen sollen. Dies ist mittlerweile für die Berufsreifeprüfung (BRP) erfolgt.

Eine Unterarbeitsgruppe der Arbeitsgruppe arbeitet zur Zeit an einem neuen Curriculum für ein erwachsenengerechtes Nachholen des Hauptschulabschlusses mit dem Ziel, möglichst ab Herbst 2009 zu einer Beschlussfassung im Nationalrat zu kommen.

- ⊗ Förderung des lebensbegleitenden Lernens durch Bildungskonten, Bildungskarenz und Teilzeitbildungskarenz

Im Mai 2008 wurde eine in ihrem Charakter neuartige Arbeitsgruppe gegründet: „Fördermodelle in der Erwachsenenbildung“. Hier wurden neben den Sozialpartnern auch die Länder eingeladen, es geht um eine bessere Abstimmung der unterschiedlichen Bildungskonten der Länder und der Förderungen des Bundes für die berufliche Weiterbildung. Zusätzlich haben drei Unterarbeitsgruppen im Jänner 2009 die Arbeit aufgenommen: zum Nachholen des Hauptschulabschlusses, für die Vorbereitung auf die BRP und für Basisbildung/MigrantInnen-Kurse. Ziel ist es jeweils, ein ausreichendes und gebührenfreies Angebot zu schaffen, welches von der öffentlichen Hand (Bund, Länder) finanziert wird.

Die Bildungskarenz wurde 2008 novelliert und es muss nun untersucht werden, ob es zu einer verstärkten Inanspruchnahme kommt. Im Sozialministerium gibt es aktuelle Überlegungen zur Einführung einer sogenannten „Teilzeitbildungskarenz“, die AK Wien wird sich bei der Detailausarbeitung einbringen.

- ⊗ Offene und demokratische Universitäten

Im Punkt „Bildung“ werden „Offene und demokratische Universitäten“ gefordert. Die AK Wien wird bei der geplanten Novelle des Universitätsgesetzes für diese Zielsetzung weiterhin eintreten.